

Sozialdemokraten

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FUCHOVA 62. TELEFON 53077. ADMINISTRATION TELEFON 53076.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.



15. Jahrgang

Sonntag, 6. Jänner 1935

Nr. 5

Wie gewählt wird Drei Abstimmungsmöglichkeiten

Saarbrücken

Die Abstimmungscommission hat eine Kundmachung erlassen, durch die die Durchführung der Abstimmung im einzelnen geregelt wird. Darnach sind die Wahlbüros am 13. Jänner von 8 Uhr 30 bis 20 Uhr geöffnet. Die Wahlzeitung im Saal-Block wird durch den Vorsitzenden ausgelegt. Nach einer Erläuterung des Begriffes „Beibehaltung der gegenwärtigen Rechtsordnung“ (status quo) wird in der Bekanntmachung genau dargelegt, wie sich der Abstimmungsbeauftragte bei der Wahlhandlung zu verhalten hat.

Dabei fallen die scharfen Bestimmungen auf, durch die die **Geheimhaltung** der Wahl gewählt werden soll. So ist es den Abstimmungsbeauftragten nach Erhalt des Stimmzettels strengstens untersagt, mit irgendwelchen Personen zu sprechen oder auf andere Weise in Verbindung zu treten. Nach erfolgter Stimmabgabe muß der Abstimmende das Wahllokal sofort verlassen. Es ist ihm bei schwerer Strafe untersagt, im Abstimmungslokal auf irgendeine Weise die Wahl, die er treffen wird oder bereits getroffen hat, bekanntzumachen. Wenn er noch nicht abgestimmt hat, wird er in diesem Falle nicht mehr zur Abstimmung zugelassen.

Der Stimmzettel, der in der Bekanntmachung abgebildet wird, trägt als Kopf die französische und englische Bezeichnung „Société des Nations“ und „League of Nations“, darunter auf Deutsch „Abstimmungscommission des Völkerbundes“.

Es folgen die Bezeichnungen der drei Abstimmungsmöglichkeiten: Beibehaltung der gegenwärtigen Rechtsordnung (status quo), Vereinigung mit Frankreich und Vereinigung mit Deutschland in der angegebenen Reihenfolge. Neben jeder der drei Angaben befindet sich ein Kreis, der in der üblichen Weise bei der Wahl durch ein Kreuz gekennzeichnet wird.

Ab Donnerstag Versammlungsverbot

Am Samstag wurde eine Verordnung veröffentlicht, durch welche ab 10. Jänner im Saargebiet alle öffentlichen Versammlungen, sowie auch Privatversammlungen, die an sonst öffentlich zugänglichen Orten stattfinden, verboten werden.

Waffenfunde bei der „Deutschen Front“

Wie die Saarbrücker „Arbeiterzeitung“ meldet, wurde in den Räumlichkeiten der Nationalsozialisten in **Sulzbach** eine Hausdurchsuchung vorgenommen und hierbei 30 Angehörige der SA-Formationen, die größtenteils aus Deutschland gekommen waren, verhaftet. Es wurden auch **Waffen** am Sitz der Deutschen Front in Sulzbach vorgefunden.

Status quo — unter Völkerbund-Souveränität

In der Kundmachung der Rechtskommission ist die Beibehaltung des status quo im Saargebiet in dem Sinne definiert, daß die Souveränität über das Saargebiet auf die Völkerbundversammlung in Genf übertragen würde, die in Zukunft das Recht haben würde, über diese Souveränität in einer Weise zu disponieren, die den betreffenden Bestimmungen der Verträge und den Grundgesetzen entsprechen würde, auf Grund deren ihr diese Souveränität anvertraut würde.

Zurückgezogene Ausweisung

Saarbrücken. (Havas.) Der tschechoslowakische Staatsangehörige **Prinz Löwenstein** war im Saargebiet journalistisch und sonst agitatorisch im hasserfüllten Sinne tätig. Die Regierungskommission des Saargebietes entschied, daß eine solche Tätigkeit im Saargebiet seitens eines ausländischen Staatsbürgers unzulässig sei, und hat **Prinz Löwenstein** ausgewiesen.

Die Ausweisung wurde noch am Samstag widerrufen, da sich der Prinz verpflichtete, sich während seines Aufenthaltes im Saargebiet jeder politischen Tätigkeit zu enthalten.

Erste allgemeine Aussprache

Mussolini: Kein Verzicht auf die gegenseitigen Freundschaften

Rom. Die am Samstag vormittag stattgefundene Unterredung zwischen Laval und Mussolini dauerte zwei Stunden. Anschließend wurde Laval im Quirinal vom König empfangen.

Wie der Korrespondent des Havas-Büros meldet, bildeten den Gegenstand der Unterredung zwischen Mussolini und Laval, an welcher auch der italienische Staatssekretär **Suvisi** teilnahm, zahlreiche europäische Fragen diplomatischen Charakters, obwohl die Unterredung selbst in ziemlich allgemeinen Bahnen verlief. In den Samstag abends und Sonntag stattfindenden Gesprächen werden **konkrete** Angelegenheiten behandelt werden. Man ist der Ansicht, daß erst Sonntag abends ein Übereinkommen abgeschlossen werden wird.

Die Konventionen, die auf eine Sicherung der Stabilität in Mitteleuropa hinzuliegen, werden, wie der Havas-Korrespondent erfährt, nicht unmittelbar nach ihrer Paraphierung durch die beiden Staatsmänner veröffentlicht werden, sondern erst dann, nachdem ihnen die direkt interessierten Staaten beigegeben sein werden. Ueber die römischen Beratungen wird jedoch ein amtlicher Bericht veröffentlicht werden, in welchem das französisch-italienische Einvernehmen über die Grundlinien der Gesamtpolitik konstatiert werden wird, wobei sich das Einvernehmen zwischen den beiden Staaten auf das gegenseitige Verständnis für die Interessen dieser beiden Staaten und für die Gesamtinteressen Europas gründet wird.

Bei einem Bankett am Abend wurden die üblichen Trinksprüche gewechselt. Mussolini sagte unter anderem:

Hinsichtlich Mitteleuropa handelt es sich nicht darum, daß Frankreich und Italien in Mitteleuropa auf ihre gegenseitigen Freundschaften verzichten, sondern darum, im Donauraum die Interessen und Lebensnotwendigkeiten jedes Staates mit den Ergebnissen allgemeinen Charakters mit dem

Ziel der Befriedigung Europas in Übereinstimmung zu bringen. „Unter diesem weiteren Gesichtspunkt gesehen, glaube ich“ — so wandte sich Mussolini an Laval — „daß Sie mit mir darin übereinstimmen, daß unsere Abmachungen in Hinblick auf andere Mächte, die ihre Mitarbeit zu dem Werk, das wir beginnen wollen, beizutragen wünschen, nicht als gegensätzlich oder auch nur störend ausgelegt werden können oder dürfen.“

Laval erwiderte u. a.:

Alle, die von dem Ideal des Friedens befeelt sind, richten heute ihre Augen auf Rom. Niemand kann in der Tat den wahren Sinn der Aktion, die wir geschlossen unternommen haben, falsch verstehen. Ich spreche im Namen Frankreichs, das kein selbstsüchtiges Ziel verfolgt. Frankreich ist mit Recht um seine Sicherheit besorgt. Es hat aber auch die Absicht, sein Teil zu dem zur Befriedigung der Völker notwendigen Werk auf sich zu nehmen.

Die große Hoffnung der Völker dürfe nicht enttäuscht, der Friede müsse erhalten und gefestigt werden. Die Zivilisation dürfe nicht untergehen. Man müsse aus der Vergangenheit lernen, daß immer im Kriege die Zivilisation zusammenbrochen sei.

Trotz alledem!

Die Führer der gemeinsamen sozialistisch-kommunistischen Front im Saargebiet **Max Braun** und **Fritz Pfordt** empfangen Samstag die Vertreter der internationalen Presse, denen sie die Bestrebungen der gemeinsamen Front zugunsten der Status-quo-Bewegung im Saargebiet darlegten. Die beiden verwiesen auf die

Schwierigkeiten, mit denen sie im Saargebiete zu kämpfen haben. So z. B. übernahm kein einziger Fleischer in Saarbrücken die Versorgung der Mitglieder der gemeinsamen Front bei ihrer sonntägigen großen Manifestation. Die jüdischen Wollereien in Saarbrücken lehnten selbst die Versorgung von Milch ab, die die gemeinsame Front für die Kinder verlangte, deren Eltern an der Manifestation teilnehmen werden!

Gemeinsame Friedenspolitik

Litwinows Ansprache an die tschechoslowakischen Journalisten

Moskau. Volkstommisär für Aussenere **Litwinow** empfing am Donnerstag die tschechoslowakischen Journalisten, die der Gesandte **Palis** begleitete, und hielt an sie eine große Ansprache, in der er u. a. die gemeinsamen Interessen beider Länder hervorhob und die natürliche Sympathie Sowjetrusslands zu dem wieder erwachten tschechoslowakischen Volk unterstrich. Es genüge, einen Blick auf die Karte Europas zu werfen, um die Gemeinsamkeit der realen Interessen der beiden Staaten zu verstehen.

Litwinow wies dann auf das russische Aufbauwerk hin und sagte, ein vollkommen neues sozialökonomisches System in einem Lande wie Rußland mit seinen 170 Millionen Einwohnern einzuführen, sei keine leichte Sache und erforderliche Zeit, aber auch vollkommene äußere Ruhe. Schon deshalb wolle Rußland den Krieg nicht. Auch die Tschechoslowakei erstrebe nicht die Eroberung neuen Bodens; der Krieg sei ihr daher aus den gleichen Ursachen **unerwünscht**. Daran erhebe sich die Gemeinsamkeit einer großen Aufgabe: **der Erhaltung des Friedens**.

Ihr Land, fuhr Litwinow fort, verfügt über große Staatsmänner in der Person Ihres Präsidenten **Masaryk** und Ihres Außenministers **Dr. Beneš** und anderer, die allzu gut verstehen, daß eine Verletzung des Friedens im gegenwärtigen Momente in irgendeinem Winkel der Erde **unvermeidlich** einen allgemeinen **Krieg** nach sich ziehen würde. Alle europäischen Grenzpfähle sind Stützen des Friedens

und die Entfernung nur eines einzigen Pfahls würde den Einsturz des gesamten Friedensgebäudes herbeiführen.

Die Gemeinsamkeit unserer Bestrebungen nach Sicherung des Friedens wird auch durch jenen unbedingten Entschluß diktiert, daß zwischen unseren Ländern Staaten liegen, deren „friedliche Absichten“ zumindest bedeutende Beschränkungen einflüßten. Ob wir es nun mit einem bestimmt unrisikoreichen Programm von Angriffskampagnen zu tun haben, oder mit der Bereitschaft, irgendeine möglicherweise eintretende Konjunktur zu Kriegsabenteuern zu versuchen und unerreichbare politische Träumereien zu verwirklichen, — jedenfalls müssen wir ernstlich mit solchen Stimmungen und Möglichkeiten rechnen.

Und nun steht unseren Ländern die große Arbeit bevor, dieses gemeinsame Programm zu verwirklichen. Wir sind überzeugt, daß wir uns der aktiven und langdauernden Mitarbeit Ihrer Regierung und insbesondere des Ministers **Dr. Beneš** erfreuen werden, dessen Energie und Konsequenz in Sachen des Friedens allen bekannt ist.

Zwischen Litwinow und den tschechoslowakischen Journalisten fand hierauf eine angeregte Aussprache statt. Redakteur **Dr. Ripka** dankte sodann Litwinow für dessen Begrüßung und sprach die tiefe Befriedigung der tschechoslowakischen Öffentlichkeit über die erfolgreiche Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakischen Republik im Kampfe um den Frieden aus.

Keine „Einmischung“!

Von Otto Bauer

Der österreichische Finanzminister hat den tschechoslowakischen Außenminister besucht. In den nächsten Tagen wird der österreichische Finanzminister zu einer Sitzung des Völkerbundkomitees reisen, das die österreichischen Finanzen kontrolliert. Herr Dr. Buresch ist, wie man sieht, sehr geschäftig. Herr Dr. Buresch braucht nämlich dringend Geld. Zwar waren die Mächte so freundlich, der austrofaschistischen Regierung die Konvertierung der Anleihe vom Jahre 1923 zu bewilligen, wodurch der gesetzliche Zinsen- und Tilgungsaufwand des österreichischen Staates um 60 Millionen Schilling verringert und ihm überdies ein zur Sicherstellung des Zinsendienstes dienendes Depot von 40 Millionen Schilling freigegeben wurde. Diese 100 Millionen Schilling haben die austrofaschistische Diktatur vor dem finanziellen Zusammenbruch, dem sie ohne diese Freundlichkeit der Mächte im Verlaufe des Jahres 1935 nicht hätte entgehen können, gerettet. Aber der Aufwand der austrofaschistischen Diktatur für die Rüstungen und für die Erhaltung des kostspieligen Gewaltapparates, mittels dessen sie das österreichische Volk niederkhält, ist so groß, daß sie mit den 100 Millionen Schilling, die sie der Freundlichkeit der Mächte verdankt, nicht auskommt. Buresch bereitet daher weitere Kreditoperationen vor. Dies ist der Zweck seiner Reisen.

Selbstverständlich wird die Kreditwerbung politisch vorbereitet. Zu Weihnachten hat die österreichische Regierung in die Welt hinaus melden lassen, sie habe einen Großteil der Sozialisten, die sie in ihren Gefängnissen hält, amnestiert. Man wolle damit der Welt zeigen, wie zivilisiert, wie gnädig, wie sehr um die Milderung der inneren Gegensätze bemüht die österreichische Diktatur sei. Erst jetzt liegen uns präzisere und verlässliche Angaben über den Umfang dieser Amnestie vor. In einem Augenblick, in dem sich die österreichische Regierung nach der rettenden Hilfe, die sie durch die Konvertierung der Anleihe bekommen hat, um weitere Liebedienste der ausländischen Regierungen bemüht, wird es nützlich sein, die Wahrsamkeit der Welt, die die Zivilisiertheit des österreichischen Faschismus illustrieren sollen, zu überprüfen.

Eine Tage vor dem 12. Jänner wurden 25 Führer des Wiener Schutzbundes verhaftet. Es waren der Major **Eisler**, der Hauptmann **Vösl** und 22 Arbeiter, die die Bezirksgruppen des Schutzbundes kommandierten. Sie waren am 12. Jänner bereits in Haft, hatten also an dem Aufstand keinen Anteil. Sie sind auch heute noch in Haft. Man hat gegen sie die Voruntersuchung wegen Verbrechens des Hochverrates eingeleitet, weil sie den Aufstand vorbereitet hätten. Nach zehneinhalb Monaten ist die Untersuchung selbstverständlich längst beendet. Trotzdem wird weder die Anklage erhoben noch die Untersuchung eingestellt. Die 24 Genossen bleiben weiter in Haft.

Vor einigen Monaten hat man allerdings dem Major **Eisler** die Entlassung angeboten. Unter der Voraussetzung nämlich, daß er die Waffenbestände des Schutzbundes verrät und unter den Schutzbündlern für die faschistische Regierung werbe. Da **Eisler** diese ecklose Zumutung abgelehnt hat, bleiben er und seine 23 Schicksalsgenossen in „Untersuchungshaft“.

In den Strafanstalten sind zur Stunde mehr als 600 Schutzbündler, die wegen ihrer Teilnahme an den Feberkämpfen verurteilt worden sind, in Haft. Der Bundespräsident **Wilka** hat zu Weihnachten, wie das alljährlich geschieht, 300 Strafgefangenen, die mehr als die Hälfte ihrer Strafe verbüßt hatten, den Rest der Strafe nachgelassen. Unter ihnen waren aber nur 93 Schutzbündler, alle übrigen teils kriminelle Verbrecher, teils Nazi. Die 93 Schutzbündler sind solche, die nur zu geringen Strafen verurteilt waren und binnen kurzem, manche von ihnen binnen wenigen Tagen aus der Haft zu entlassen gewesen wären. Von denen, die wegen Teilnahme an den Feberkämpfen zu vielfährigen Kerkerstrafen verurteilt worden sind, wurde kein einziger begnadigt. Es ist daran zu erinnern, daß die faschistische Regierung ihnen alle Begünstigungen, die in zivilisierten Ländern politischen Verbrechern gewährt werden, entzogen hat.

Von den hundert Genossen, die ohne gerichtliches Verfahren in Polizeigefangenschaft gehalten wer-

